

Vermögen der reichsten Österreicher doppelt so groß wie angenommen



Erstmals wurde das Vermögen der wirklich Reichen in einer Studie untersucht. Das Ergebnis: Dass hierzulande der Wohlstand breit verteilt ist, erweist sich als Illusion. Allein das reichste oberste Prozent der Österreicher besitzt mit 469 Milliarden Euro doppelt so viel wie bisher angenommen – und vereint 37 Prozent des Gesamtvermögens auf sich.

Von [Eva Linsinger](#) 3.8.2013 09:41

So gut wie jeder Österreicher möchte reich werden. 14 Milliarden Euro werden hierzulande jährlich verzockt, im statistischen Durchschnitt werden pro Kopf und Jahr 1750 Euro in Casinos, bei Automaten und für Lottoscheine ausgegeben. Nur die Finnen glauben noch leidenschaftlicher an den Traum vom schnellen Geld.

So gut wie kein Österreicher möchte reich sein. Fast 100 Prozent der Bevölkerung zählen sich in der Selbsteinschätzung zum „Mittelstand“, selbst Millionäre stapeln gern tief und ordnen sich lediglich als „durchschnittlich reich“ ein. Reich, das sind immer die anderen.

Die Illusion, dass im üppigen Sozialstaat Österreich der Wohlstand gleichmäßig verteilt sein muss, ist weit verbreitet. Daraus lässt sich prächtig politisches Kapital schlagen: In jeder Steuer- und Verteilungsdebatte gilt verlässlich die Devise, dass der sogenannte „Mittelstand“ geschont werden müsse. Das ist zwar recht praktisch, weil sich so gut wie jeder mitgemeint fühlen kann. Nur: Mit der Realität des Reichtums haben derartige „Mitte“-Debatten gar nichts zu tun.

Neue Studie: Vermögen der reichsten Österreicher doppelt so groß wie angenommen

Die gefühlte ausgewogene Streuung des Vermögens quer durch alle Bevölkerungsschichten wird nun von neuen Zahlen erschüttert. In einer Studie der Universität Linz, die profil exklusiv vorliegt, rechnen Ökonomen penibel vor, wie viel Reichtum bei wie wenigen Menschen hierzulande konzentriert ist. Das einigermaßen überraschende Ergebnis: Die wohlhabendsten Österreicher besitzen fast doppelt so viel wie bisher angenommen. Allein die kleine Gruppe des reichsten Prozents, die etwa 37.000 Haushalte umfasst, verfügt über ein Nettovermögen (abzüglich der Schulden) von 469 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Das Bruttoinlandsprodukt, also der jährliche Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen, lag in der Volkswirtschaft Österreich im Vorjahr bei lediglich 307 Milliarden Euro. Oder: Die Staatsschulden betragen 235 Milliarden Euro – also die Hälfte des Vermögens des reichsten Prozents.

Auch die Verteilung des Reichtums ist alles andere als gleich: Die vermögendsten zehn Prozent der Bevölkerung verfügen über Besitztümer im Wert von netto 863 Milliarden Euro – während die große Gruppe des Rests, 90 Prozent der Bevölkerung, gemeinsam lediglich auf vergleichsweise kümmerliche 386 Milliarden Euro kommt. Ein erkleckliches Ausmaß des Immobilien- und Finanzvermögens ist also bei einer sehr kleinen Gruppe konzentriert.

Diese Werte sind nicht mehr weit von gemeinhin als turbokapitalistisch bezeichneten Staaten wie den USA entfernt.

„Es gibt hierzulande mehr Vermögen als angenommen, und es ist ungleicher verteilt als bisher bekannt“, resümiert der Linzer Ökonom Jakob Kapeller, einer der Autoren der Studie, die Berechnungen, die im Auftrag der Arbeiterkammer erstellt wurden.

Man braucht zwar nicht einmal einen altmodischen Taschenrechner, um grob kalkulieren zu können, dass sich nach sechs Jahrzehnten Frieden im zweitreichsten Land der EU ein veritables Volumen an Vermögen angesammelt haben muss – zumal es hierzulande kaum von Steuern behelligt wird. Nur: Genauer wollte das über Jahrzehnte niemand wissen. Die Reichtumsforschung steckt in Österreich noch in den Kinderschuhen. Es musste erst die Europäische Zentralbank (EZB) kommen, um das Tabuthema näher zu beleuchten. Als nationaler Teil des EZB-Projekts begann die heimische Nationalbank vor sechs Jahren, Daten über Vermögen zu sammeln, und befragte 2380 Privathaushalte, wie viel Schmuck, Aktien, Immobilien oder sonstiges Vermögen sie besitzen.

Diese Untersuchung hat aber eine Achillesferse: Sie unterschätzt das Vermögen der Reichsten gewaltig. Das liegt in der Natur dieser freiwilligen Befragung, wie Martin Schürz, Ökonom in der volkswissenschaftlichen Abteilung der Nationalbank, schon seit Langem sagt: „Erstens erfassen wir die wirklich Reichen auf diese Art nicht, weil diese sich ungern interviewen lassen. Zweitens geben jene Vermögenden, die teilnehmen, nicht immer ihr ganzes Besitztum an.“

Arme Reiche

Der reichste Österreicher, der in der Nationalbank-Studie vorkommt, besitzt lediglich 15 Millionen Euro, ist also quasi ein armer Reicher, an Milliardäre kamen die Interviewer schon gar nicht heran. Das

verzerrte die Daten, und zwar nach unten, wie die Nationalbank von Anfang an einräumte. In ihren eigenen Worten klang das so: „Insbesondere der obere Rand ... kann nur unzureichend abgedeckt werden. Die Daten können daher nur als Untergrenze der tatsächlichen Ungleichverteilung angesehen werden.“ Der Ökonom Wilfried Altzinger, der an der Wiener Wirtschaftsuniversität lehrt, sprach gern von den „vergessenen Superreichen“ in der Nationalbank-Erhebung.

Insofern schließt die aktuelle Studie „Vermögen in Österreich“ der Universität Linz eine wichtige Lücke. Viele in anderen Staaten angewandte Methoden zur Reichtumsforschung fallen hierzulande aus: Daten aus Erbschafts- oder Schenkungssteuern, wie etwa in Frankreich oder den USA, gibt es mangels dieser Steuern nicht, dasselbe gilt für Vermögenssteuerdaten. Daher griffen die Linzer Ökonomen zu einem komplizierten mathematischen Verfahren der Wahrscheinlichkeitsrechnung, der sogenannten „Pareto-Methode“, und kalkulierten damit die Daten der Nationalbank neu durch. Um eine Überschätzung des Gesamtvermögens auszuschließen, zogen sie eine obere Begrenzung der Vermögen bei einer Milliarde Euro ein – die Familien Piëch, Porsche oder andere Milliardäre fehlen also auch in der Linzer Studie.

1,248.599.886.785 Euro

Trotz dieser Vorsicht ergibt die Neuberechnung eine erhebliche Geldvermehrung. Das gesamte Nettovermögen (abzüglich von allfälligen Krediten) der österreichischen Privathaushalte wird um ein Viertel höher als bisher geschätzt – und summiert sich statt der bisher angenommen 1000 Milliarden Euro auf insgesamt 1,25 Billionen Euro. Exakt: 1,248.599.886.785 Euro.

Interessanterweise ändert sich durch diese neue Kalkulation der Besitzstand eines großen Teils der Bevölkerung kaum – denn der

Löwenanteil des Zugewinns entfällt auf das oberste eine Prozent. Das Vermögen dieser Gruppe verdoppelt sich fast und steigt um 98,6 Prozent.

Aus diesen neuen Zahlen ergibt sich auch eine neue Verteilung des Wohlstands. Der Anteil des reichsten Prozents am Gesamtvermögen beträgt demnach mehr als ein Drittel, exakt 37 Prozent. Anders gerechnet: Die vermögendsten zehn Prozent der Österreicher vereinigen 69 Prozent des Besitzes auf sich – während sich die restlichen 90 Prozent der Bevölkerung die verbleibenden 31 Prozent unter sich aufteilen. Und zwar wiederum recht ungleich: Die ärmsten 50 Prozent und damit die Hälfte der Bevölkerung besitzt lediglich 2,2 Prozent des Vermögens.

Bleibt die Frage: Welche Relevanz hat eigentlich das Wissen über die Vermögensverteilung? Darüber diskutieren spätestens seit dem Ausbruch der Finanzkrise Spitzenökonomien von Nobelpreisträger Joseph Stiglitz abwärts weltweit hitzig. Der gängige Schluss lautet, dass eine allzu ungleiche Verteilung die Finanzmärkte und damit die Gesellschaft instabil macht – weil, vereinfacht gwesagt, die Vermögen der einen stets das Spiegelbild der Schulden der anderen sind. In Deutschland empfahl daher das renommierte Institut für Wirtschaftsforschung im Vorjahr einen Befreiungsschlag aus dem Kreislauf der Sparprogramme, Rettungsschirme und Schuldenbremsen und riet zu Zwangsabgaben für Reiche.

Dagegen muten die politischen Folgerungen, welche die Arbeiterkammerpräsidenten von Wien und Oberösterreich, Rudolf Kaske und Johann Kalliauer, aus der von ihnen in Auftrag gegebenen Studie destillieren, nachgerade handzahn an. Sie fordern Reichensteuern: „In der obersten Schicht ist sehr viel Vermögen da, ab einer Million Euro netto soll es besteuert werden. Nur so tragen Reiche ihren fairen Anteil bei“, sagt Kalliauer.

Diese Millionäre beginnen laut der Studie ab den obersten fünf Prozent, die auch mit ausgeprägter Mathematikschwäche nicht mehr als „Mitte“ bezeichnet werden können. Dem oft vorgebrachten Argument, dass Besteuerung von Vermögen kontraproduktiv sei, weil das Kapital dann flüchte, kontert Kaske so: „Wohin soll es denn flüchten? Praktisch überall in der OECD ist Vermögen höher besteuert als in Österreich.“

Wenn 1,25 Billionen Euro an Vermögen vorhanden sind, davon allein bei der dünnen Ein-Prozent-Schicht der Allerreichsten 469 Milliarden Euro, ist selbst für Laien klar, dass Vermögenssteuern mehr als ein symbolischer Akt wären und erhebliche Summen bringen würden.

Wie viel aber genau, das werden die Linzer Ökonomen als Teil zwei der Studie errechnen – aber erst dann, wenn der Wahlkampf vorbei ist und wieder nüchterner diskutiert werden kann.